

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

143 (21.6.1928)



### Das württembergische Zentrum wurfelt weiter

Stuttgart, 20. Juni. (Eig. Meldung.) Die politische Aussprache im württembergischen Landtag nahm am Mittwoch ihren Fortgang, brachte aber noch keine Klärung der Lage. Für die Rechtsparteien sprachen Abg. Sträßel vom Bauernbund und Abg. Bod vom Zentrum. Beide zogen gemeinsam gegen den Unitarismus der Linken zu Felde und behaupteten, daß mit der Linken keine Wirtschaftspolitik getrieben werden könne, durch die der Not der Landwirtschaft gesteuert werde. Der Zentrumredner bemühte sich vergeblich um den Nachweis, daß der Wahlaußfall in Württemberg keinen Aufbruch nach links darstelle, sondern vielmehr eine Stärkung der Mittelparteien als Ganzes feststellen sei. Das Zentrum betrachte die jetzige Regierungsabstimmung nach wie vor als Zwischenschritt, aber es bestreite, daß die Verfassung die Annahme eines positiven Vertrauensvotums nötig mache. Das war die Ankündigung, daß das Zentrum fortzuwurzeln und die Lage parteipolitisch so gut wie möglich auszunutzen beabsichtigt. Es wird natürlich von dem Ausfall der Abstimmung abhängen, ob diese Berechnung richtig ist.

Eine ganz wirkungsvolle Rede hielt der Demokrat Scheef, der das Zentrum an die Zeit erinnerte, in der es gemeinsam mit der damals für die Haltung der Gesamtregierung maßgebenden Sozialdemokratie wertvolle Aufbaubarbeit geleistet habe. Der Wille der Wählerschaft erheische Beachtung und er wolle dringend auf die Durchführung der großen Koalition. Er warne davor, die Arbeiterschaft nicht als gleichwertig anzuerkennen und sie dadurch in eine staatsfeindliche Opposition hineinzutreiben.

Nachdem der Kommunist Schönd eine Waid- und Wiesenagitationsrede gehalten und sich dabei besonders an der Sozialdemokratie gerieben hatte, wurde die Verhandlung vertagt. Von der Sozialdemokratie und von den Demokraten sind Mißtrauensanträge eingebracht worden.

### Bayerns Regierung formell zurückgetreten

Gemäß den Bestimmungen der bayerischen Verfassung sind die Mitglieder der bayerischen Regierung Feld am Mittwoch, also am Tage vor dem Zulammentritt des neuen Landtages, von ihren Ämtern zurückgetreten. Sie führen bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiter. Wichtigere als diese politische Formale ist das endgültige Scheitern der Verhandlungen zwischen den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Fraktion zum neuerlichen Zusammenschluß einer Fraktionsgemeinschaft, wie sie in den letzten 9 Jahren der bayerischen Parlamentspolitik bestanden hat. Der Bruch ist im wesentlichen auf die Streikmännerte zurückzuführen, die von Berlin aus zu diesem Entschluß gedrängt wurden.

Am Mittwoch konstituierte sich auch die um 11 Mann verstärkte, nunmehr 34 Abgeordnete zählende sozialdemokratische Landtagsfraktion. Zum Vorsitzenden wurde wiederum Genosse Johannes Timm gewählt.

### Kranzösische Stabilisierungsdebatte

Paris, 20. Juni. (Eig. Draht.) Die Stabilisierungsdebatte in der Kammer wird durch längere Erklärungen eingeleitet, die Ministerpräsident Poincaré über die Gründe der Stabilisierung abgibt. Auf Wunsch der Regierung wird die Kammer die Interpellationsdebatte auf die nächste Woche verschieben. Nach der einseitigen Abgeordnete Walfert hat sich bereit erklärt, die Wiedereröffnung seines Antrages auf sofortige Haftentlassung Rosses und Müllins bis zur Erledigung des Stabilisierungsgeschäftes hinauszuschieben.

Im übrigen setzt sich immer mehr, daß die Kammer entschlossen ist, der Einköpfung der Wähler, die bei den Wahlen nur unvollkommenen Ausdruck gefunden hat, Rechnung zu tragen. Auch die noch nicht in bestimmter Richtung festgelegten Abgeordneten des Zentrums vermögen sich dieser Entwicklung schwer zu entziehen. Doch will man unter allen Umständen eine Aftte vor der Stabilisierung vermeiden. Das ist der Grund, warum die Linksparteien sich augenblicklich bemühen, die Erregung der Rechten zu beschwichtigen. Bei all diesen Beschwichtigungsversuchen handelt es sich jedoch aller Voraussicht nach lediglich um einen Waffenstillstand zwischen den Parteien, der kaum über den Herbst hinaus anhalten dürfte. Die Gegensätze sind in allen Parteien zu tiefgehend, als daß ihre Zusammenführung durch die Formel der nationalen Einheit auf die Dauer möglich wäre.

**Königsberger Stadtverordnetenversammlung aufgelöst**  
Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag hin aufgelöst.

## Sappho

Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

(Nachdruck verboten.)

24 (Fortsetzung.)  
Fanny war die Seele dieser Abende, sie plauderte, sie sang, sie spielte die unterrichtende Pariserin der feinen Welt; und was ihr so von ihrer tolen Vergangenheit und dem Wertelieben geliebten war, das bemerkten diese Ausländer nicht, oder aber sie fielen es äußerst schick. Sie blendete sie durch ihre Beziehungen zu den Berühmtheiten der Kunst und Literatur; der zünftigen Dame, die für Devoles Werke schwärmte, gab sie Auskunft über die Schreibweise des Romanclers, über die Zahl der Tassen Kaffe, die er in einer Nacht zu sich nahm, über den Spottpreis den die Verleger der „Candirette“ für dieses Meisterwerk gezahlt hatten, das ihr Glück gemacht hatte. Und die Erfolge seiner Geliebten machten Goussin so stolz, daß er ganz seine Eifersucht vergaß und gern ihre Angaben betätigt hätte, wenn sie jemand etwa bezweifeln wollte.

Während er sie so in dem friedlichen Lampenbelehten Salon bewunderte, wie sie den Tee servierte, den Gesang der jungen Peruanerinnen am Klavier begleitete und ihnen wie eine ältere Schwester Ratsschläge gab, dann war es für ihn ein eigener Reiz, sie sich so ganz anders vorzustellen, wenn sie am Sonntag morgen durchnäht und frierend zu ihm kam. Welche Umarmungen dann, welche heißen Küsse, die Nacht für den Zwang einer ganzen Woche, dieses gegenfettliche Entbehren, das ihrer Liebe das lebendige Schenken wahrte.

Die Stunden flogen dahin, ohne daß sie es merkten; bis zum Abend lauschten sie ihre Liebeshörner aus. Nur das reiste sie, sonst nichts, kein Vergnügen, kein Versuch, nicht einmal die Heftomas, die sich aus Sparjamkeitssüchtigen entschlossen hatten, auf dem Lande zu wohnen. Ein kleiner Imbiss stand neben ihnen bereit, und so hörten sie, ganz verunken, den Lärm des Pariser Sonntags auf der Straße toben, das Pfeifen der Büse, das Rasseln der Biker, und der in Strömen auf das Zinddach des Balkons herabprasselnde Regen und das eilige Wogen ihrer Brust beleuchteten dieses Fernsein von allem Leben, unbefummert um die Zeit bis zur Dämmerung.

Das Gas, das gegenüber in den Bureaus angezündet wurde, warf seinen fahlen Schimmer auf die Tapeten, dann blieb es aufbrechen, da Fanny um sieben Uhr heimkehren mußte. Im trüben Scheine des Zimmers erschien ihr ganzes, lebiges, langweiliges

## Schüsse im Belgrader Parlament

WTB, Budapest, 20. Juni. Nach einer Meldung aus Belgrad kam es heute mittag in der Stupichina zu großen Tumulten. Der radikale Abg. Puniša Racie zog einen Trommelrevolver und gab auf die Reihen der Raditschpartei mehrere Schüsse ab. Paul Raditsch, der Neffe des kroatischen Bauernführers Stefan Raditsch, wurde von einer Kugel tödlich getroffen. Die Abgeordneten der Bauernpartei Dr. Fernar und Dr. Vafaricet wurden schwer verletzt. Puniša Racie wurde von den Saadbienern der Polizei übergeben.

Belgrad, 20. Juni. Die Sitzung des Ministerrats dauerte bis halb 9 Uhr abends. Von einem führenden Regierungsmittglied wurde erklärt, die Regierung gedenke nicht zurückzutreten, da sie für die Mordtat keinerlei Verantwortung trage. Trotzdem wird die Lage der Regierung als unsicher angesehen.

Die Nationalversammlung ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der Abgeordnetensklub der kroatischen Bauernpartei hat die Annahme der Beileidschreiben der Regierungspartei und selbst des Ministerpräsidenten abgelehnt. In den Kreisen der Bauernpartei wird erklärt, man habe Beweise dafür, daß die Mordtat vorbereitet und organisiert worden sei.

Belgrad, 20. Juni. Der Zustand Stefan Raditschs ist am heutigen Abend unverändert. Es sind am Nachmittag zwei Universitätsprofessoren aus Agra mittels Flugzeug hier eingetroffen, um ihn zu untersuchen. Obwohl die Verletzung nicht lebensgefährlich ist, besteht doch Gefahr, da Raditsch untertraut ist. Der Zustand des verletzten Dr. Fernar hat sich heute abend verschlimmert.

### Brand in der Berliner Untergrundbahn

Feuer im Tunnel

Berlin, 20. Juni. In Charlottenburg geriet heute nachmittags kurz nach 4 Uhr im Tunnel der Untergrundbahn ein Delfiliter in Brand. Das Feuer griff auf eine in der Nähe gelegene Werkstatt und einen Lageraum über und verursachte eine starke Verqualmung der beiden Bahntunnels, jedoch der Verkehr auf dieser Strecke mehrere Stunden lang unterbrochen wurde.

### Wieder daheim.



„Ne, Herr Pastor, det schöne Wort: „Volles Stimmme ist Jofes Stimmme“, det hat nur früher mal sejollen, als wir noch mit de Stimmzettel moageln durften!“

In dem Augenblick, als der Brand auf dem Berliner Untergrundbahnhof Bismarckstraße ausbrach, verließ gerade ein Zug den vom Zoologischen Garten kam und nach dem Wilhelmplatz fuhr. Die Passagiere, die bereits unruhig geworden waren, auf, schlemmten den Zug zu verlassen. Auf diese Nachricht des Führers brach unter den Fahrgästen eine Panik aus, zumal der Rauch im Tunnel von Sekunde zu Sekunde berart sich verstärkte, daß man kaum noch ein paar Meter weit sehen konnte. Führer und Schaffner brannten Pöcker an und brachten die Passagiere auf die Gleise hinaus. Mehrere Frauen bekamen Schreckkrämpfe. Ein kleines Mädchen löste mehrere andere Personen fielen in Ohnmacht, konnten jedoch von sonnenern Fahrgästen in Sicherheit gebracht werden. Die Passagiere stürmten dann ins Freie. Die Untergrundbahn hofft, den Betrieb wenigstens bis zum Wilhelmplatz, bereits morgen früh durch einen Notverkehr wieder aufnehmen zu können.

### Völkische Bank in Konkurs

300 Geschäftsleute ruiniert

Laut Vorwärts steht die „Mittelstands- und Kreditbank“ in Berlin, Magdeburger Platz, vor dem Konkurs. Die völkische Bank wurde im Juni vorigen Jahres gegründet. Als Gründer traten mehrere Reichsradikale auf. Die Bank sollte mitwirken, die völkischen Pläne Sillers zu unterstützen. Die Bank hat es im Laufe eines halben Jahres verstanden, 300 Geschäftsleute zu finden, die sich in Vorkontoverbindung mit ihr einließen. Jeder dieser 300 Geschäftsleute muß nach dem Zusammenbruch dieser Bank damit rechnen, daß er sein Geschäft ruiniert, um die Summen aufzutreiben, die er nach dem Haftpflichtgesetz für die Schulden dieser Bank zahlen hat.

Soll dies wohl die nationalsozialistische Methode sein, „jüdischen Kapitalismus“ zu vernichten? Die nationalsozialistischen Nachläufer unter den Kleingewerbetreibenden werden wohl keine Freude haben!

### Hindenburgschleuse eröffnet

In Gegenwart des Reichspräsidenten wurde Mittwoch die Hindenburg-Schleuse bei Anderten und der Kanal Hannover-Keine-Hildesheim eröffnet.

In seiner Begrüßungsansprache führte Oberpräsident Kossow aus, unter aller Wunsch ist, daß unter Leitung des Reichspräsidenten der Wiederaufbau und die Wiedergewinnung unaufhaltsam weiter gehe. Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte mit Dankesworten und schloß: Ich glaube an den Wiederaufstieg des Vaterlandes, des, wenn wir einig sind.

### Wieder einmal „Spionageprozess“

Leipzig, 20. Juni. (Eig. Draht.) In weitläufigen Verhandlungen hatte sich der kommunistische Journalist Valentin Gabel aus Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat, verächtlicher Spionage und Bestechung vor dem vierten Straifenat des Reichsgerichts zu verantworten. Das Gericht verurteilte Gabel wegen Verbrechen nach § 7 des Republik-Schutzes, verächtlicher Spionage, verächtlicher Geheimnisse und Bestechung zu 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 150 M Geldstrafe. Gabel wurde sofort in Haft genommen, da er fluchtverdächtig sei. Die verächtliche Spionage hatte das Gericht darin erblickt, daß Gabel an Reichswehrsoldaten herantrat, um Nachrichten, die geheim zu halten waren, in die Hände zu bekommen und sie für einen kommunistischen Umsturz (!!) zu verwenden. Gabel wäre Heberzeugungstäter. Das Gericht habe ihm infolge der Schwere seines Vergehens mildernde Umstände verlesen zu müssen.

Trotzdem Gabel also Heberzeugungstäter war, sind ihm mildernde Umstände verlesen worden. Welches ist dasjenige die Praxis bei „Heberzeugungstätern“ von rechts? D. Red.)

### Spacherwechsel im Unterhaus

Im Unterhaus stellte der Sprecher Whiffen formell das Gesuchen, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amt, das er seit über sieben Jahre inne gehabt hat, bei Schluß der morgigen Unterhaus Sitzung entlassen zu werden. Nach Genehmigung des Gesuchs soll der konservative Fitzton als Sprecher gewählt werden.

jammervolles Leben noch drücker, noch arastarer, während sie ihren noch vom Hinwege durchnähten Paletot anzog.

Und was ihren Kummer noch besonders erhöhte, das waren die geliebten Gegenstände um sie her, die Möbel, das kleine Ankleideschimmer aus vergangenen schönen Tagen. Sie riß sich los: „Komm! . . .“ und um länger beisammen zu bleiben, begleitet Johannes sie zurück; eng aneinandergepreßt gingen sie langsam die Avenue der Champs-Élysées hinauf, die mit ihren zwei Reihen Laternen, mit dem in Schritten gebillten Arc de Triomphe am Ende, und zwei oder drei am Himmel erglänzenden Sternen sich wie der Hintergrund eines Diaromas ausnahm. An der Ecke der Rue Bergolese, in der Nähe ihres Pensionats, hob sie den Schleier um Abhiebsschuh und ließ ihn dann allein, ganz außer Fassung gebracht, von seinem Seim angewandert, wohin er so spät als möglich zurückkehrte, das Glend verwirrend und fast zornig auf die Seinen in Casselet, die ihm ein solches Opfer auferlegten.

Zwei bis drei Monate verlebten sie in dieser Weise, die ihnen schließlich unerträglich wurde, da Johannes seine Wünsche in dem Pensionat eines Diensthofenklartisches wegen einschränken mußte, und Fanny durch den Geiz von Mutter und Tochter Sandes immer mehr aufgebraucht wurde. Im Stillen dachte sie daran, ihren kleinen Haushalt wieder aufzunehmen und merkte, daß ihr Geliebter ebenfalls auf demselben Punkte angekommen war, sie wollte lieber warten, bis er zuerst davon sprach.

An einem Moienfontage erliefen Fanny, adretter als sonst, in einem Hut, ganz einfacher Frühjahrsstoffe, — man war ja nicht reich — die aber ihren graziösen Wuchs aufs vorteilhafteste hervorhob.

Schnell, steh auf, wir wollen auf dem Lande frühstücken. . .

„Auf dem Lande?“  
„Ja, in Engbien, bei Roia. . . sie hat uns alle beide eingeladen. . .“ Er sagte erst nein, aber sie bestand darauf. Roia würde eine Abgabe niemals verselben. . . Du kannst mir zu Liebe schon einmal ja sagen. . . Ich habe doch genug getan, wie mir scheint.“

Am Ufer des Sees bei Engbien, vor einer mächtigen Rosenfläche die sich bis zu einem kleinen Hafen herabzog, in welchen sich einige Jollen und Gondeln schaukelten, erhob sich ein großes reizend verziertes und eingerichtetes Landhaus, in dessen Hofonds und Spiegeiwänden das alternde Wasser reflektierte und die herrlichen Laubgänge des Parks, der sich schon mit frischem Grün und blühendem Wiederk schmückte. Die tadellose Kleidung der Dienerschaft, die Wege, auf denen kein Halmchen lag, machten der Doppelaufsicht Rosarios und der alten Pilar alle Ebre.

Man sah schon bei Tisch, als sie ankamen, da eine falsche Zukunft sie eine Stunde lang am See durch keine Gähnen zwischen hohen Gartenmauern umhergeführt hatte. Johannes verlor schmerzhaft seine Danks bei dem frostigen, unfreundlichen Empfang seitens der Hausfrau, die darüber wütend war, daß man sie warten lassen, und bei dem lombardischen Anblick der alten Fanny, die Roia ihm mit ihrer Fuhrmannsstimme vorstellte. Drei „belle tante“, wie die großen Kolofoten sich untereinander nannten, waren ganz, zusammengeklammerte Figuren aus der Glanzzeit des amerikanischen Reichs, mit Namen so bekannt wie die großer Dichter und freireicher Feldherrn: Wilkie Cob, Sombreuse, Clara Desfont.

Elegant gewiß das waren sie immer noch, nach der neuesten Mode ausgestattet, in hellen, sommerlichen Farben reizend angezogen, von Kopf bis zu Fuß; aber so verblüht, geschminkt und aufgetupft, Sombreuse ohne Wimpern, mit erloschenen Augen, eine alte, blasse, taktete nur nach ihrem Teller, ihrer Gabel, ihrem Glas, die Desfontes fürchterlich dü, streckte auf dem Tisch die ihre armen, abgemagerten, abzusuchen, wie die Rinne einer „römischen Frage“. Und endlich die ganz schmähliche Cob, deren jugendliche Wuchs ihr Gesicht, so abgemagert wie das eines kranken Clowen, unter der schlafgelben Perrücke noch abgeklärter machte. Die hatte, ganz ruiniert, ihre Möbel mit Beschlag belegt, einen letzten Coup in Monte Carlo versucht und kam ohne einen Pfennig nach dort zurück, in Liebe zu einem schönen Croupier entkommen, der sie verachtet hatte; und nun rechnete Roia es sich zum Ruhme an, ihr bei sich Wohnung und Unterhalt zu gewähren.

Alle diese Frauenszimmer kannten Fanny und begrüßten sie mit gähnerhafter Miene: „Wie gehst dir, Kleine?“ Eins war gewiss mit ihrem Kleide, drei Franks der Meter, und ohne allen Schmuck außer der roten Broche, die ihr Kupfer geschenkt hatte, nahm sie sich aus wie ein Rekrut unter diesen entsehligen, alten ausgetriebenen Soldaten der Liebesarmee, welche die kurzweilige Umgestaltung der Reflex des Wassers und des Matshimmels, der vereint mit dem Frühlingssduft durch die Lüften des Speisezimmers hereinströmte, noch geliebter erscheinen ließ.

Da war auch die alte Mutter Pilar, „das Aff“, wie sie sich selbst in ihrem französisch-spanischen Rauberwälsch nannte, eine richtige Meerestute mit vergilbter, runtschlicher Haut, einer tierischen Poschheit in den grünlichen Zügen, wie ein Knabe ausgehüllt, mit am Ohr bereits ergrautem Haar und einem großen Steuermannsfragen über ihrem Kleide aus altem, schwarzem Atlas.

(Fortsetzung folgt)

# Landespolitischer Streifzug

## Wer finanziert die Hilterei in Baden? — Abgebligte Stahlhelmbundesleitung — An den eigenen Ohren zupfen — Zierden der Nation

Nachdem wir in unserem letzten landespolitischen Streifzug bereits Veranlassung genommen haben, uns mit dem Verhältnis Nationalsozialismus u. Finanzkapital zu beschäftigen, soll heute das Thema weitergesponnen werden. Von einer zweifelsfrei orientierten Quelle erhalten wir nämlich folgende interessante Mitteilungen:

Es wäre nicht reizlos, einmal der Frage, wer finanziert die Hilterei in Baden ein bißchen nachzuspüren. Wir wollen dabei zunächst einmal von den vielen vaterländischen Versammlungen unter neutraler Flagge absehen, bei denen namhafte Summen für patriotische Gedenkbücher, Reklamewecke usw. eingehen und das Geld in trübe Kanäle geleitet wird.

Am meisten verleiht in Baden ist nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen offenbar der Bezirk Eberbach. Die meisten Reichstagswähler sind in den Dinnwerten beschäftigt und die Arbeiter der Dinnwerke sind fast durchweg nationalsozialistisch. (Wir sind gespannt darauf, ob man nicht den schwerkräftigsten Arbeiter, der als einziger nicht nationalsozialistisch sein soll, nicht höchstem auch noch hinausdrängen verliert.)

Wem gehören denn die Dinnwerke? Zur Hälfte dem Geheimen Kommerzienrat Stoeh in Heidelberg und zur anderen Hälfte der amerikanischen Rodat-Gesellschaft. Ob Herr Stoeh, der Vorsitzende des Badischen Industriellenverbandes, den Vorwurf, sein Geld für die Hilterei zu stellen, wohl von sich weist? Aber: Der Herr Stoeh, Direktor der Dinnwerke, intimer Freund des Herrn Sittler, der ihn ständig besucht, anerkannter Führer der Nationalsozialisten in Eberbach, ist ein naher Verwandter des Herrn Geheimrat Stoeh! Und unter dem Herrn Stoeh arbeitet der Herr Reichstagsabgeordnete und Chemiker, gleichfalls ein Angehöriger der Dinnwerke, nur mit dem merkwürdigen Privileg, daß er seine ganze Zeit fast ausschließlich der Hilterei widmet.

Es wäre also für den Geheimen Kommerzienrat Stoeh aller Anlaß, einmal in Eberbach nach dem Reichstagswahl zu sehen. Das will Herr Stoeh nicht. Er ist ein politisch sehr gelehrter Mann nach einer bestimmten Richtung hin. In seinem Betrieb in Heidelberg ist auch ein Profurist, der Herr Pfeiffer. Das ist der nationalsozialistische Agitator für Heidelberg und Umgebungen. Auch hier wird Herr Geheimen Kommerzienrat Stoeh jede Schwierigkeit nach der politischen Gesinnung seiner Angestellten weit von sich weisen. Er war schon vorurteilsfrei genug, selber in der vertraulichen Besprechung des Herrn Sittler in Heidelberg in den vorberichten Reichen zu sitzen. Und nun fragen wir die Prominenten vom Verband Südwestdeutscher Industrieller, ob mit ihrem Wissen der Vorsitzende ihres Verbandes den organisatorischen Aufbau einer national- und sozialdemokratischen Organisation ermöglicht?

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller in Baden wird wohl nicht umhin können, sich mit diesen Vorgängen, die durch eine ihm nahestehende Quelle zu unserer Kenntnis gelangt sind, zu beschäftigen, so daß wir die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Kapital mit Interesse weiter verfolgen können.

Wie wir feinerzeit mitteilen, hat die Bundesleitung des Stahlhelms kurz nach den Wahlen in einer geradezu autoritativen Form den Stahlhelmmittgliedern der völkervertreitlichen Reichstagsfraktion vorgeschrieben, eine Koalition mit der Sozialdemokratie abzuschließen. Die deutschnationale Badische Zeitung freute sich über diesen klaren Kommandoton, indem sie dazu meinte, man wird hoffentlich bald erfahren, wie sich der fraktionsvorherrschende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sowie die anderen Volksparteiler, die mit dem Stahlhelmsmitgliedern die rasche Schaffung eines eindeutigen Verhältnisses dringendermaßen notwendig ist, so haben die völkervertreitlichen Mitglieder des Stahlhelms doch nicht verabsäumt, der Bundesleitung postwendend die gebührende Antwort zu geben. Sie haben ihr nämlich ein Schreiben gefandt, in dem sie sich je de Bezoerung, wie sie in der Erklärung des Stahlhelms zum

Ausdruck gekommen ist, unter Berufung auf die Verfassungsfreiheit und Selbständigkeit des Urteils verbitten, wobei sie gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob es richtig sei, daß der Stahlhelm lediglich als Prätorianergarde der deutschnationalen Volkspartei zu betrachten ist. Der deutschnationalen Badischen Zeitung ist diese Entwidlung der Dinge, die noch weiteren „Notenwechsel“ im Gefolge hatte, so böse in die Glieder gefahren, daß sie zu dem Schluß kommt, „daß es um die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Volkspartei und nationalen Organisationen hoffnungslos steht“. Ja, es geht bergab mit den sogenannten „nationalen Organisationen“, Stahlhelmereien e tutti quanti und auch die einseitigen demagogischen Hysterien gegen die schwarz-rot-goldene Reichsflagge können, wie der Ausfall der Reichstagswahlen zeigte, hieran nichts ändern, mögen auch nicht nur bei den Deutschen national, sondern auch bei der Deutschen Volkspartei manche Mitglieder an nicht führender und auch an führender Stelle dem Stahlhelm noch so sehr zugetan sein.

Obzwar jetzt immer klarer bekannt wird, daß es vor allem wieder mal die ewige Kriegenaderpartei, die Deutsche Volkspartei, ist, welche auch diesmal die Schwierigkeiten in der Regierungsbildung schafft, läßt die Badische Presse kein Mittel unversucht, ihren Lesern einen Tanz vorzuführen, der gewissermaßen suggestiv alle Schuld an der schweren Situation, die in der Regierungsbildung vorhanden, dem mit der Regierungsbildung beauftragten Abg. Gen. Hermann Müller zuzuschreiben sucht. Mit der „leichen Hochmütigkeit“, welche die Deutsche Volkspartei als würdige Erbin der Nationalliberalen Partei auszeichnet, reißt sich die Badische Presse an der technisch nach allen Seiten ausgebauten Verhandlungsmethode Hermann Müllers, dabei wohl wissend, daß es vor allem die ihm bekannte straffe Gebundenheit des deutschen Fraktionswesens ist, welche Hermann Müller zu seiner Verhandlungsmethode veranlaßte, die sonst allerdings zweckmäßiger durch eine einfachere

erfekt worden wäre, und daß es speziell die Deutsche Volkspartei ist, die durch ihr Verharren auf einem fixen reaktionären Standpunkt sowohl in sozialen wie politischen Fragen es der Sozialdemokratie unmöglich zu machen sucht, sich mit ihr zu koalieren, wenn sie den Wählerforderungen vom 20. Mai irgendwie Rechnung tragen will. Statt sich an Hermann Müller zu reiben, sollte die völkervertreitliche Badische Presse die Deutsche Volkspartei am Ohr zupfen, nachdem diese sich in unerhörter Weise benimmt. Daran denkt jedoch die Badische Presse nicht, da ja sonst ihre politische Gesamtstimmung, die sich immer wieder erkennbar gegen die Sozialdemokratie richtet, Schiffbruch erleiden würde.

Die Saro-Borussen, die auch heute noch laut Stastistik das Gros der deutschen Auslandsvertreter stellen, üben sich rechtzeitig, die für den diplomatischen Dienst notwendigen Manieren als Zierde der Nation zu erlernen. Als Beweis mag ein Vorgang dienen, über den wir unserem Heidelberger Parteiblatt folgendes entnehmen:

In der gestern abend im Stadttheater stattgefundenen Aufführung „Der Bodelshändler“ verübten Studenten, dem „feudalistischen“ Corps Saro-Borussia angehörend, durch Verleihen von Kalligraphen derart groben Unfug, daß die Vorstellung erheblich gestört wurde und die letzten beiden Akte, um sie überhaupt zu Ende führen zu können, bei voller Beleuchtung des Saales durchgeführt werden mußte. Als der Unfug kein Ende nehmen wollte, sah sich die Polizei genötigt, einzuschreiten, hat die Leibelstäter aus dem Theater entfernt und verbracht sie zur Befestigung ihrer Perlonen zur Polizeiwache. Die Studenten, die wohl beloffen sein mußten, warfen sogar Knallerbsen auf die Bühne und gefährdeten so die ausübenden Künstler und Künstlerinnen. Herr Fred Schulze-Holz machte auf die Gefahr von der Bühne aufmerksam, dennoch unterließen die Burichen nicht den Unfug und erst als die Polizei die Leibelstäter entfernt hatte, konnte die Vorstellung ungestört zu Ende geführt werden. Die Heidelberger Saro-Borussen haben wieder einmal ihre „Kulturmission“ bewiesen und es ist nur zu ermarren, daß sie für ihre Gemeinheit einen gebührenden Denkzettel erhalten.

Wer den im Volksfreund abgedruckten Roman Harry Domelas las, wird sich auf Grund der Charakterisierung dieses feudalen Korps über solche Dinge nicht wundern. Aufgabe des akademischen Disziplinargerichts wird es sein, durch ganz entschiedene Bestrafung dieser Burichen der schlechten Kinderstube etwas nachzubehfen.

# Französische Preßskandale

Aus Paris schreibt uns unser Sonderkorrespondent:

In Frankreich können Preßskandale große politische Bewegungen hemmen und über ganze Kapitel politischer Vergangenheit oder Gegenwart schlaglichtartig Aufschluß geben. Nachdem man vor zwei Jahren den großen Krach in der Linkszeitung Quotidien erlebte, der die Linksbewegung des radikalen Bürgeriums katastrophal, vielleicht auf ewig, aufhielt, sind jetzt zwei Zeitungsprozesse zu erwarten, bei denen allerdings verborgene politische Tatsachen ans Tageslicht kommen dürften.

1. Klagt zunächst die große Morgenzeitung Matin, deren tägliche Auflage etwa 800 000 Exemplare beträgt, gegen die kommunistische Humanité (Auflage etwa 200 000 Exemplare pro Tag). Der Matin verlangt einen Schadenersatz von 300 000 Franken wegen Verleumdung. Geldzahl wird diebst. Für den 10. Oktober steht Termin an. Im vorjahren Sommer hatte ja die ganze französische Presse gegen den damaligen russischen Volksführer Kowolski, dessen Abberufung sie trotz des Widerstands der Sozialisten und der Kommunisten schließlich durchsetzte. Danach versuchte sie zu erreichen, daß der neuernannte Volksführer Doyanowitsch seinen Posten nicht antreten könne. Zu jener Zeit hatte im Kaufhaus das russische Kaufhausbüro mit einer amerikanischen Firma verhandelt und dabei den berühmten Geldkönig Sir Henry Deterding umgarmen, einen der Hauptbetreiber gegen Kowolski. Doyanowitsch, der Kowolski-Dach-Gesellschaft. In diesem Zusammenhang hatte die Humanité in drei Artikeln behauptet, der ganze Feldzug des Matin richte nach Petroleum.

Auch die Pariser sozialistische Zeitung Populaire wird jetzt vom Matin gerichtlich belangt, insbesondere von ihrem Chefredakteur Lausanne. Paul Faure, der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, hatte über den Matin während des verangenehten Wahlkampfes einen Artikel geschrieben, der dieser Zeitung nicht nahe. Paul Faure wies in jenem Artikel darauf hin, daß sich Herr Stenhan Lausanne während des Wahlkampfes in jenem Wahlkreis aufhielt und von dort Artikel gegen die Wiederwahl von Paul Faure schrieb. Diese Artikel müßten wohl ganz besonders gut bezahlt worden sein. Die betreffenden Nummern des

Matin waren im Wahlkreis von Paul Faure gratis verteilt worden. Das hatte zwar nicht zur Folge, daß die Wiederwahl von Faure in die Kammer scheiterte, sondern die Unwahrscheinlichkeit, die Lausanne gegen Faure ausstreute, bewirkten im Gegenteil den sozialistischen Sieg. „Von dem Moment an, da ich die gegen mich gerichteten Klagen im Matin las, war ich meines Sieges ganz sicher“, sagt Paul Faure darüber im Populaire. Lausanne behauptet dagegen für die betreffenden Artikel kein besonderes Honorar erhalten zu haben, und er verläßt er jetzt Paul Faure wegen Verleumdung. Der Prozeß wird so manche Hintergründe der französischen Wahlen aufdecken.

Der größte französische Preßskandal ist und bleibt jedoch für die nächste Zeit das Erscheinen der Zeitung L'ami du Peuple. Denn diese neue Schwesterzeitung des Figaro, die es sich zur Aufgabe machen will, Kapital und Arbeit zu „veredeln“, beanlagt sich nicht damit, einen eigenen groß angelegten Zeitungsverkauf in Frankreich zu organisieren, weil sie zu einem so niedrigen Preise vertrieben wird, daß die französische Kioskwirtschaft ihren Verkauf ablehnt, sondern aus Wut über ihr Arbeitslosenheer greift sie nun die ganze andere französische Presse an. Sie vertritt große politische Entschlossenheit. Einkassieren hat sie den Direktor des größten Pariser Katholikenblattes Echo de Paris beurlaubt, vernichtete Zeitungsblätter früher veröffentlicht zu haben, und das bildet nun das Tagesgespräch in den hohen Pariser katholischen Kreisen. Alle 25 Redakteure des Echo de Paris, darunter auch die bekannten Vertinax und Henri de Kerillis, veröffentlichten eine große Gegenerklärung. Der Ami du Peuple vertritt die Aufdeckung weiterer Preßskandale und man kann sich, da es hart geht, auf allerhand gefaßt machen. Auf dem sozialistischen Kongreß von Toulouse war Ende vorigen Monats vom Ami du Peuple die Rede. Der Genosse Montagnon aus Paris sagte, er sei entsetzt, wieviel diese Zeitung selber noch von Arbeitern getauft werde. Ihre tägliche Auflage beträgt bereits heute etwa 200 000 Exemplare, und infolge ihres geringen Preises findet sie selber manche Abnehmer. Aber schon wegen der Unhaltbarkeit ihres Programms ist doch nicht zu erwarten, daß ihr die Zukunft beschieden ist, welche ihre Gründer von ihr erhofften. Kurt Venz, Paris.

# Sonnenwende

Von Badene

Aus größter Höhe steht der Sonnenball zur Erde in den Kampf und den Krawall. Der Mensch die in Streit und Hof Sünden schmähen ohne Unterlaß. Die sich begeiern und blutig zerfleischen. Die sich bekämpfen mit Schimpfen und Kreischen. Und die bemußt sich das Leben verleben. Einer dem andern die Sonne will weiden. Die Sonne, die am Himmel lacht Als Sieger über Winters Nacht.

Aus höchstem Stande fällt der Sonnenstrahl In diese Welt, — gleich herrlich wie brutal! Im Garten lebt es sich beim Duft Der Blumen und in süßer Luft Sehr wohllich durch den heißen Tag der Sonne; Dem Mensch im Lager ist fremd die Wärme, Am Strahlenrand, im Steinbau und beim Keisel, Verschärft ihr Strahl der lärmenden Arbeit Fessel, Und andern grüßt sie mittelstlos Inns Zeitelend „Arbeitslos“.

Zur größten Höhe stieg die Schöne auf Und wendet nunmehr abwärts ihren Lauf Der Nachtzeit zu, — um später dann Verlinat zu streben himmelan. Sechsig beständig lebt des Volkes Masse Verlacht vom Leben in der engen Gasse, Und wenn der Wühlstand in den Häusern lungert Darmit tragend ein Dichter und — verbunmert. Die Sonne lacht in schönstem Licht Und wendet nunmehr ihr Gesicht Dem Abstieg zu vom hohen Belt; Der Lauf der Welt.

# Monaco und Monte-Carlo

Monaco, Mitte Juni.

Ich sitze mit einigen Genossen, die dem Ruf des deutschen Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit folgend, zur Zeit in Monaco weilen, auf der Terrasse im Innern des Kasinos von Monte-Carlo. Rechts von mir schaue ich hinunter auf die prächtigen Blumenbeete, die zur Anlockung von Opfern so prächtig angelegt sind, daß sie jeden Menschen auf das

Kasino hinweisen und zu meiner Linken höre ich das ewige Klingeln der Wertmarken und der Roulette-Kugel im Spielfaal nebenan. Da stehen und sitzen sie in wildem Spiel. Alle Straßen des Fürstentums Monaco führen nur auf das eine Ziel: das Kasino. Im Hauptkino Monaco kann man sich nicht verlaufen. Sein einziges Theater, die Oper, befindet sich im Innern des Kasinos, so daß man sogar noch während der Pausen zum Spiel laufen soll, die Autobusse führen abends zwar noch spät zum Kasino hin, aber nicht mehr von der Spielbühne fort. Alles ist hier raffiniert darauf ausgelegt, daß es einem eindrucksvoll immer wieder laut den Befehl ausstößt: „Zum Kasino!“, „Zum Kasino!“. Ganz Monaco ist ein Kasino, und die 32 000 Einwohner des kleinen Staates sind durchweg seine Diener.

Zu meiner Linken liest er und klappert. Da wird täglich die Zukunft des ganzen Fürstentums aus Spiel geiebt, die Zukunft von 32 000 Menschen, die keine Steuern zu zahlen brauchen, weil die Gewinne des Kasinos alles zahlen. Albert II. regiert über sie in sorgentrem Dafein. Sein Schloß ist oben auf einer Anhöhe, weitab von den Luxuspalästen, die sich in der Gassen (im Winter) ein gewöhnliches Zimmer mit 900 Franken (150 Mark) bezahlen lassen. Neben dem Schloßhof, vor dem zwei jener 110 auf vier Rädern verteilten Waghöfen auf- und absteigen, die in ihrer bunten Tracht mit der weißroten Monaco-Flagge wie Märchenfiguren oder Spielfeldboten aussehen, das ist das alte Monaco. Da sind die, die arbeiten, die in einem Tag schweren Mühe jense 30 Franken hart verdienen müssen, die unten in der Stadt im Kasino täglich von 10 Uhr früh bis 2 Uhr nachts millionenfach bedenkenlos auf den Tisch gelegt werden. Nirgend ist der Unterschied zwischen Volk und Fürst so groß wie hier in dem abseits gelegenen alten Monaco.

Ein Mädchen läuflicher Liebe blickt an mir vorbei, dem Spielfaal zu. Im Sommer ist hier diese Art Mädchen von ausgeübter Häßlichkeit. Ich folge dem Mädchen in den Riesenaal hinein. Da sitzen sie und stehen, etwa fünfzig um jeden der sechs Roulette-Tische und werfen mit Geld, 10 Franken kostet der Eintritt, und Arbeiter, Studenten oder Angestellte werden nicht hineingelassen. Das ist die erste Siebung. Aber noch weit interessanter ist es in dem „Reservierten Saal“, zu dem man nur nach Zahlung von weiteren 20 Franken gelangt. Das ist der Höhepunkt der Hölle. Da spielt man Roulette, Dreißig und Vierzig und Baccara (vom September bis Mai). Da ist das, was sich „Elite“ nennt. Menschen mit feststehenden Knochen, aus denen man das Ungerechtigkeitsgefühl mit Leichtigkeit abliest, alte, vollgefessene, lichte Herren, verbliebene Damen mit goldbestreuten Fingern, eine alte Frau mit einer Krönkrone auf ihrer handförsche. Sie sitzen da, mit gierigen, errötenen Blicken, mit einem Zittern der Hände

und der Füße, eine internationale Gleichheit aller Nationen, aller Alter, aller Reichthümer, beider Geschlechter. Am meisten hört man hier noch englisch und deutsch sprechen.

Auf seinem einsamen dieser Geschlechter kann ich auch nur einen Zug von Güte und Menschlichkeit entdecken. So wie sie bedenkenlos mit diesen Wertmarken spielen, so spielen sie dabei mit den Menschenleben, mit häuslichem Glück, in Lotterien. Manche von ihnen verlieren Schätze auf Schlag Tausende, sehen immer wieder in ihr Fortmonnaie, entdecken darin noch unerspürte Tausende frankenweise, wechseln sie um und spielen weiter und weiter. Seit einigen Wochen ist die Spielmatte verdreifacht: Ein neues Plakat mit Datum vom 26. April 1928 legt den Höchstbetrag, den man auf einmal spielen darf, auf 30 000 Franken fest (statt der bisherigen 10 000 Franken).

Verärgerung, letzte Leidenschaft, Hoffnungslosigkeit und eiserne Kälte liegt über diesen elektrisch erleuchteten Räumen und über seinen nicht einmal künstlich beleuchteten Menschen, auch über den wenigen, die gewinnen — und das mechanische Aufschreiben von Zahlen seitens derer, die sich daran klammern, einen Gewinn „errechnen“ zu können, macht eine schauerliche Totenmusik zu dem ebernen Klang der Wertmarken und der Roulette-Kugeln und der Stöhnlaute untreuer Menschen. Hier hat das Geld selbst für die Reichen schon seine letzte Ausdrucksfähigkeit verloren.

Badisches Landesbühnen. Donnerstag, 21. Juni, wird Georg Kaisers Schauspiel „Oktobertag“ und am Samstag, 23. Juni, Oskar Wildes Traudie „Die Herzogin von Babua“ wiederholt. Am Konzerthaus geht am Sonntag, 24. Juni, die Komödie „Hinden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ zum zweitenmal in Szene. Die Erstaufführung von Karl Zudmayers Schauspiel „Schinderhannes“ ist auf Freitag, 29. Juni, angesetzt.

# Partei- u. Sport-Genossen!

Bei der Ausübung eures Sports, besonders bei größeren Veranstaltungen, sind gut ausgebildete Samariter notwendig. Helft mit, die Einrichtungen der Arbeiter-Samariter-Kolonnen ausbauen. Gebt für sie Mittel in der Woche vom 17.—24. Juni.

# Freistaat Baden

## Badischer Landstraßenbau

### Ein sozialdem. Vorstoß zugunsten der Pfistersteinarbeiter Das neue Straßenbauprogramm

Der Hausbauauschuss des Badischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch nach der Plenarsitzung mit dem Straßenbauprogramm, wie es im Etat des Finanzministeriums, außerordentlicher Etat, vorzulegen ist. Die badischen Landstraßen sind in Küstland geratet und sollen nun durch außerordentliche Aufwendungen instand gesetzt werden. Beteiligt ist ein außerordentlicher Aufwand von 14 Millionen Mark für die Erstellung von 8 Kilometer Dauerdecken, 456 Kilometer Walddecken und 1322 Kilometer mit Oberflächenerosion für 1928 vorgesehen. Berichterstatter ist Abg. Dr. Gündert. — Von sozialdemokratischer Seite wird auf die große Notlage der badischen Pfistersteinarbeiter hingewiesen. Von 1200 Arbeitern dieses Berufs sind zurzeit 800 ohne Arbeit. Ein Teil dieser Arbeiter hat demnach die Unterstützungsgrenze bei der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Da eine Krisenfürsorge für diese Kategorie nicht in Frage kommt, fallen diese Arbeiter der Fürsorge anheim. Dadurch kommen die Pfistersteingemeinden in eine schwere finanzielle Not. Wenn die Möglichkeit bestünde, aus dem außerordentlichen Straßenbaufonds 1 Million Mark flüssig zu machen, würden die Pfistersteinarbeiter wieder Beschäftigung auf 4-5 Monate haben. Bestünde irgendeine Möglichkeit, in dieser Richtung etwas für diese Arbeiter zu tun, dann müßte es geschehen. Eine Umstellung der Pfistersteinbetriebe zum Schotterindustriebetrieb könne nur mit größeren Mitteln durchgeführt werden. Eine Umstellung der in Frage kommenden Arbeiter auf andere Berufszweige sei außerordentlich schwer. Die Leute, die meist in abgelegenen Gemeinden wohnen, müßten von dort wegziehen. Da in den Städten selbst aber Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot herrsche, sei dies außerordentlich erschwert. Die Regierung möge prüfen, ob nicht die Möglichkeit bestünde, wenigstens die Mittel zur Herstellung der Pfistersteine bereitzustellen. Die Regierung bemerkt, daß die Dauerdecken eine Einschränkung erfahren müßten. Man müsse versuchen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in der Herstellung unserer Straßen so weit wie möglich zu kommen. Die technische Frage der Straßenherstellung sei noch im Stadium der Versuche. Im Bauprogramm seien nur 28 Kilometer Pfisterdecken vorgesehen. Um die Pfistersteinarbeiter schonend zu behandeln, seien leinerzeit 15 Millionen Mark vorweg bewilligt worden. Die mit diesem Betrag angefertigten Pfistersteine würden für die 28 Kilometer Pfistersteindecken ausreichen. Weiter sei es der Regierung nicht möglich, eine Million Mark mehr für Pfistersteine auszugeben, wenn der Landtag nicht weitere Mittel genehmigt.

Von deutschnationaler Seite wird der sozialdemokratische Vorschlag unterstellt, während ein völkerverfeindlicher Sprecher die Ansicht vertritt, daß dem sozialdemokratischen Vorschlag nicht beizutreten werden könne. Man müsse das Programm der Regierung annehmen. — Ein Sprecher des Zentrums befürchtet, daß der sozialdemokratische Vorschlag eine weitere Aufblähung der Pfistersteinindustrie hervorrufe. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre.

## Landwirtschaftliche Versuchsringe

Von der Badischen Landwirtschaftskammer erhalten wir folgende instruktive Ausführungen:

Unter den mannigfachen Maßnahmen zur Behebung und Überwindung der gegenwärtigen schweren Not der Landwirtschaft stellen die Versuchsringe eines der erfolgreichsten Mittel bürgerlicher Selbsthilfe dar. Hier wird dem angeschlossenen Landwirt unter strenger Beachtung der vorliegenden natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den praktischen Anschauungsunterricht des Betriebs auf eigener Scholle der Weg gezeigt, wie durch rationelle Bearbeitung erprobte Kulturmaßnahmen, passende Sortenwahl, entsprechende Düngung, zeitgemäßen Futterbau, wirksamen Pflanzenschutz, zweckmäßige Bestandesfütterung und rentable betriebswirtschaftliche Maßnahmen die Erträge erhöht und die Produktionskosten gesenkt werden können.

In 29 bäuerlichen Versuchsringen mit etwa 850 Ringgemeinden — das sind auf die Hälfte sämtlicher Gemeinden des Landes — sind über 2050 bäuerliche Versuchswirtschaften mit 3180 Versuchen heute schon tätig. Diese 3180 Versuche verteilen sich auf 2107 Versuche des Ackerbaues wie Sorten-, Düngungs-, Bodenbearbeitungs- und Kulturversuche verschiedener Art, 688 Grünland- und Ackerfutterversuche, 36 Handelsgetreide- und Obstbauversuche, 60 Versuche der Viehwirtschaft, 110 der Betriebswirtschaft und 205 Pflanzenschutzversuche. Außerdem enthält das Arbeitsprogramm 1928 bereits die Durchführung von 95 Weizenversuchen, 169 Weizenversuchen, sowie von 81 größeren Meliorationen in den verschiedenen Teilen des Landes.

Auf dem Wege zum „Versuch“ zum „Beispiel“ und der „Beispielwirtschaft“ müssen sich diese über 2000 Versuchswirtschaften zu ebenbürtigen „Beispielwirtschaften“ in kürzester Frist entwickeln, um als neuzeitliche und gezielte Bauernwirtschaften durch das Beispiel einwandfreier Betriebsführung bestmöglich auf die Nachbarnbetriebe in der Gemeinde in möglichst weitem Umkreis einzuwirken.

Die badischen Landesökonomiegerichte waren ihrer Eigenschaft als Versuchseinleiter mit ihren Assessoren und Ringassistenten — etwa 70 an der Zahl — für die Tage des 18. bis 20. Juni von der Landwirtschaftskammer zu einem Lehrgang für Versuchsringwesen in die Landesbauhauptstadt zusammenzurufen, um in Vorträgen hervorragender Vertreter der Landwirtschaftswissenschaft landwirtschaftlicher Hochschulen und Universitäten sich mit dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik oder auf Exkursionen nach dem Versuchsfeld der Abteilung Pflanzenbau in Friedrichshafen einschließlich Reichsanstalt für Pflanzenzüchtung und der Saatgutamtliche Anstalt mit den brauchbarsten Methoden der Versuchstechnik bekannt zu machen. Auch die benachbarte Schweiz und das stammesverwandte Kärnten haben zu dieser Tagung Teilnehmer entsandt.

Zu gleicher Zeit rufen die Versuchsringe im ganzen Lande zu den Ende Juni schon beginnenden Ringfahrten auf, die bereits den an der Entwicklung des bäuerlichen Versuchsringwesens interessierten Behörden und Organisationen, in der Hauptsache aber den Ringmitgliedern und sämtlichen Landwirten Gelegenheit bieten, bei den Gemartungsrundgängen der zu besichtigenden Ringgemeinden die vielseitige Tätigkeit der Versuchsringe in ihrem Bestreben für neuzeitliche und fortschrittliche bäuerliche Landwirtschaft kennen zu lernen.

Es ist wohl berechtigt, den bäuerlichen Versuchsringen auch weiterhin eine günstige Entwicklung zu prognostizieren, vorausgesetzt, daß sich die Landwirte auch laut und lauter dieses besten Instruments der Selbsthilfe auch wirklich zu bedienen. Wohl kann der Versuchsring niemals ein Allheilmittel zur Befreiung der Lage in der Landwirtschaft sein, aber er kann für Tausende badischer Bauern ein Rettungsganker werden, um auch in schlechten Zeitläuften mit dem geringsten Aufwand die höchste Produktion zu erzielen und dazu beitragen, daß die Rentabilität der Landwirtschaft zum Segen der ganzen deutschen Volkswirtschaft wieder in gerechtfertigter Bahn geleitet wird.

**Die jüdisch-chinesische Flagge auf der Moskauer Botschaft gehißt**  
Die chinesische Botschaft in Moskau hat die Fahne der jüdisch-chinesischen Regierung gehißt.

**Nach ein Opfer von Siegelstorf**  
Das Berliner Tageblatt meldet aus Augsburg: Heute morgen erlag ein 40-jähriger verheirateter Generaldirektor der Papierfabrik Döge & Co. bei Remten im Allgäu, Karl Matthies, der seitwärts als Passagier im nächsten Unglückszug von Siegelstorf bei Rünberg mit dem Schrecken davonkam. Das furchtbare Erlebnis führte vor einigen Tagen zu seinem vollkommenen Nervensammenbruch.

# Der Verbandstag der Eisenbahner

Frankfurt a. M., 19. Juni (Eis. Draht). Vor dem Kongress der Eisenbahner liehen die Kommunisten eine die Propaganda am Dienstag verbreiten, die den Titel „Wer zahlt die Gewerkschaft“ hat. Die Antwort darauf gab unermüdet der französische Eisenbahnerführer Goudum. In seinem Begrüßungswort erklärte er dem Kongress der Eisenbahner, seine Organisation sei durch die Kommunisten und ihre Arbeiter für den Klassenkampf von 300 000 Mitgliedern auf 50 000 heruntersinken. Goudum sprach dann begeisterte und begeisterte Friedensworte und bezeichnete es als die Aufgabe der Arbeiter aller Länder und des Sozialismus, den Frieden, die Kultur und die Zukunft der Menschheit sicherzustellen. Der Kongress dankte dem Redner mit einer jubelnden Ovation.

Der Kommunist Schröder-Kassel, der am Dienstag die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnete, sprach sachlich und ruhig. Nach längerer Zeit leitete er die Debatte über den Geschäftsbericht der Eisenbahner ein. Schröder wendet sich besonders gegen den Geschäftsbericht und gegen die Praxis der Schiedsrichter in Lohn- und Arbeitsfragen. Als er meint, die Verhandlungsführung bestehe nicht mehr aus Vertrauen des Verbundes, quittierte der Kongress mit großem Gefächter. Viel schärfer als der Kommunist kritisierte der zur Mehrheit gehörende Redner die Reichsbahn, ihre Praktiken gegen die Arbeiter und Angestellten und die mangelnde Sozialpolitik. Von allen Diskussionsrednern wird sofort gefordert, daß die Sozialpolitik am Anfang und am Ende aller Verhandlungen stehen müsse.

**Mehr Sozialpolitik**  
Ist der allgemeine Ruf und Wunsch und auch die Unfallverhütungsvorschriften, Deutung der Kaufkraft der Massen durch höhere Löhne und die Befestigung der Korruption führenden Leistungssituationen, die Alterszulagen, Abbau der Schlichtungsordnungen, Aufhebung des Alterszulagen, die das Verhalten der deutschen Reichsbahnarbeiter und der Eisenbahnbeamten herabwürdigen. Dort, wo die schärfsten Arbeitsbedingungen herrschen, sei der Krankenstand der Eisenbahner doppelt so hoch als an den Arbeitsstätten mit günstigen Arbeitsbedingungen. Aus dem Ruhrgebiet wird ein Ausbauprogramm der Verbandsektion gewünscht und die Behebung des Verbandsmitgliedertages über die religiöse Neutralität des Verbandes. Die Vertreter des Saargebietes sprechen vom autoritären Verhalten der Saarstaat, der ein Staat im Staat sei. Schließlich danken sie der Verwaltung, daß sie eine innige Verbindung zwischen den Saararbeitern und dem Verband hergestellt hat. Die Organisation brauche allerdings schöpferische Kräfte. Der Redner des Saargebietes anerkennt ferner die gute Arbeit der Verbandsleitung für das Saargebiet und wendet sich gegen die kommunistischen Treibereien in Saarbrücken. Den im Saargebiet auf Förderung der Arbeiter in der Saarbrücken. Ebenso den besonderen Ausgleich der Arbeitsbedingungen zwischen den verschiedenen Kategorien von Angestellten und Arbeitern. Beifall unterbrach den Saargebietler, als er mit den Worten schloß, „das Saargebiet möchte bald in den großen Hafen der deutschen Republik einfließen“.

Die Wiza-Opposition hatte u. a. behauptet, es gäbe im Eisenbahnerverband keine kommunistischen Sondergruppen.

Blas-Berlin widerlegte ihn unter der tiefen Stille des Kongresses mit unheimlicher Sicherheit. Er zitierte ein Rundschreiben und die Richtlinien der KPD-Zentrale an die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder. Klapp und Klar wird in den kommunistischen Richtlinien zur Bildung von

kommunistischen Zentren und Gruppen aufgestellt. Sie haben eigene Vorstände zu wählen. Sonderbeiträge zu entrichten, Kartelle zu bilden und der KPD-Zentrale Bericht zu erstatten. Die Kontrollinstanz für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ist der jeweilige Parteivorstand der kommunistischen Ortsgruppe, was Blas betonte. Unter Zustimmung der Versammlung von einer Art Zentrale zu sprechen, die hier die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder und ihre Tätigkeit zu überwachen habe. Der kommunistische Parteivorstand kontrolliert, wie es in den Richtlinien heißt, die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, damit sie nicht den reformistischen Einflüssen in den Gewerkschaften unterliegen. 30 Prozent der Sonderbeiträge sind an die KPD-Zentrale abzuführen, 40 Prozent an die roten Kartelle und 30 Prozent an die Ortsgruppen. Der Beweis sei mirin erbracht, daß die Tätigkeit der Kommunisten nicht der Kritik der Mitglieder entzogen werden, sondern dem Befehl in Moskau. Mit Recht sei diesmal in Kongress, nachdem alle Verträge zu einer äußeren Vereinbarung geschlossen waren, reiner Tisch gemacht worden. In den Richtlinien der KPD werde den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern fernere Aufgaben, durch List und Betrugswesen von Taktiken ihre Wirkung und Laßt zu führen. So schloß Blas indem er sagte: „Wo die Kritik auf Befehl zum Selbstmord wird, muß sie unweigerlich zur Korruption führen und die Einigkeit der Arbeiterbewegung zerstören. Blas, der mit einer jubelnden Logik und mit doppelt wirksamer Rede gesprochen hat, findet den großen Beifall der Kongresses. Die Opposition waagte nicht einmal ein Wort. Der später einlaufende Antrag, die Vorgänge in Königsberg nicht mehr zur Debatte zu stellen, wird gegen etwa ein Dutzend Kongressmitglieder zum Beschluß erhoben.

In der Nachmittagsitzung kommt es zunächst zu einer Solidaritätskundgebung zwischen den belarischen und den deutschen Arbeitern.

Der belarische Vertreter Maes beginnt seine Begrüßungsansprache mit den begeistert aufgenommenen Worten: „Die Parteizentrale der belarischen Arbeiter hat die besten Wünsche für den Frieden“. Der Eisenbahner Maes ruft er noch zu: „Auf Wiedersehen in Brüssel!“. Der belarische polnische Eisenbahner Masel schließt sich dem Belarier an und wünscht die gemeinsame Front der Arbeiter aller Länder gegen den Kapitalismus und gegen die fürerliche und geistliche Verflöschung. Am Nachmittag sprachen dann noch verschiedene Redner zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Immer wieder bringt man dieselben Klagen über die höchsten Lohnverhältnisse bei der Reichsbahn und über die mangelnde Sozialpolitik. Auch die Praxis der Schiedsrichter müsse verbessert werden. Es gelte, den Arbeitsbedingungen zu erkräften, die Lohnaufhebung zu befechtigen und die Widensbefreiungen unter den Eisenbahner zu fördern. Der Verbandsvorstand findet trotz aller laudativen Kritik bei einzelnen Rednern im Großen und Ganzen die allgemeine Zustimmung des Kongresses für seine Arbeit.

Gescheh-Berlin geht in seinem Schlusswort auf die Diskussionsredner im Einzelnen ein. Er spricht über die Wirtschaft der vorhandenen Verhältnisse innerhalb der Organisation und erklärt, daß es selbstverständlich das unverrückbare Ziel der Organisation sei und ihre länderliche Arbeit, den Aufwandsbeitrag zu erbringen und den Ausbau der Sozialpolitik gemäß den Erfordernissen der Notwendigkeiten der Eisenbahner und Angestellten zu erreichen. Darin liegt der Vorstand einig mit allen Diskussionsrednern. Weiterwoh Weiterberatung.

# Aus aller Welt

**Nacht Deutsche gerettet**  
Der italienische Zerstörer „Ciccino“ rettete gestern 8 Deutsche, die mit einem Wasserflugzeug aufgetrieben waren und brachte sie nach Livorno.

**Die Sühne für das Dahlemer Explosionsunglück**  
Das Gericht verurteilte den Angeklagten Weingärtner im Zusammenhang mit dem Dahlemer Explosionsunglück wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie Zerstörung zu einem Jahr neun Monaten und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 3 Monaten Gefängnis. Viele Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis aufsummiert. Dem Angeklagten wurden auch die Kosten des Verfahrens auferlegt.

**19 Personen durch Kesselexplosion getötet**  
Bei einer Dampfesselexplosion in einer Badeanstalt bei Mexiko wurden 19 Personen getötet, 30 verletzt.

**Erdbeben in der Eifel**  
Am Dienstag wurde in Andernach, im Kreis Mayen und in der Vorderpfalz ein mehrere Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt, der von donnerartigem Getöse begleitet war.

**Feldjägererkundungen**  
In Berken bei Duren erkrankten nach dem Genuß von Hackfleisch und Bratwurst 18 Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen.

**Begen Zolluntererschlagungen verurteilt**  
Die Oberassessorien Paul Maerz und Georg Meyer und der Zollverwalter Kuther wurden wegen der anfangs dieses Jahres aufgedeckten großen Zolluntererschlagungen bei der Oberzolllinie in Danzig zu Geldstrafen von 2, 1 1/2 und 1 Jahren verurteilt.

**Kein Flug nach Kalifornien**  
Die Meldungen von einem Japenflug nach Kalifornien werden demontiert.

**Sonderbarer Mordfall**  
In der Nacht zum Dienstag wurde der am Frankfurter Hauptbahnhof stationierte Droschkenführer Scheu von zwei jungen Leuten an einer Wagenfabrik nach Bad Nauheim aufgefunden und unterwegs gezwungen, den Wagen zum Dalen zu bringen. Unter Bedrohung mit dem Revolver wurde er dann auf Waffen untersucht und bei der Weiterfahrt von einem der Verbrecher im Innern des Wagens durch den Revolver in Schach gehalten. Als in der Nähe von Bad Nauheim der Wagen in einen Graben stürzte und nicht mehr herauszubringen war, zwangen die beiden Verbrecher den Chauffeur, mit in den Wald zu gehen. Hier rissen sie ihn zu Boden und wickelten seinen Kopf in einen Gipsverband. Die Täter konnten bereits verhaftet werden und geben die Tat sofort zu.

**Autounfall mit Todesfolge**  
Der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank in Berlin, Jakob Goldschmidt, der sich Dienstag abend in Begleitung des Direktors des Berliner Kunstschloßes, Geheimrat Friedrichländer, auf der Fahrt von Lank nach Berlin befand, erlitt kurz hinter Bernau, wie die B3. meldet, einen schweren Autounfall. Der Wagen geriet in einer Kurve in schneller Fahrt ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der den Wagen steuernde Chauffeur rief sofort laut, während Goldschmidt und Friedrichländer unverletzt blieben. Der getötete Chauffeur rief seit vielen Jahren in Diensten der Darmstädter und Nationalbank. Er war ein außerordentlich tüchtiger und bejahrter Fahrer. Seit kurzer Zeit war rief, der 35 Jahre alt ist, verheiratet.

**Die Berliner Elternbeiratswahlen**  
Die Berliner Elternbeiratswahlen hatten nach den vorläufigen Feststellungen in den jüdischen „Grünlinden“ Volksschulen

folgendes Ergebnis: Risse Schulaufbau 1000 Sitze, Risse Proletarischer Schulkamp 178 Sitze, Risse „Christlich-unpolitisch“ 148 Sitze, Sonstige Listen 237 Sitze.

In Reußland, dem Wirkungsort des sozialdemokratischen Stadtschulrats Dr. Löwenstein, sind von den Volksschulen gewählter Schulaufbau 158, Proletarischer Schulkamp 89, Christlich-unpolitisch 126, an den höheren Schulen: Schulaufbau 86, Proletarischer Schulkamp 2, Christlich-unpolitisch 74.

**Rechtszeitung eingegangen**  
Die rechtsergänzte Mittagszeitung „Der Berliner Mittag“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

**Anfall bei einem Salutschießen in Memel**  
Memel, 19. Juni. Heute vormittag ist der englische Kreuzer „Canterbury“, der zu dem sich augenblicklich in den baltischen Gewässern befindlichen Geleitschutz der britischen Flotte angeschlossen hat, beim Salutschießen durch die litauische Artillerie erwischt worden. Nach dem dritten Schuß erlöschte ein Gefäß, wobei ein Offizier und zwei Mann sehr schwer und zwei weitere Personen leicht verletzt wurden.

**Der Geistesranke im Schweinefall**  
In Kohnau bei Straubing wurde der 31-jährige geistesranke Sohn des Mühlenselbsters und Großbauern Wild völlig verblödet und von Ungeheuern gefressen im Schweinefall vorerkannt. Der Unglückliche war, um Kosten zu sparen, aus der Irrenanstalt entlassen und befand sich bereits seit einem Jahr in dem Schweinefall. Die Gendarmerie, die auf das Verschwinden des Geistesranken aufmerksam gemacht worden war, konnte bei der Inanspruchnahme zuerst den armen Menschen gar nicht von den in der Nebenhaltung untergebrachten Schweinen unterscheiden. Das Schwein, dem der Unglückliche im Schweinefall verabschiedet worden. Der Geistesranke wurde sofort in eine Irrenanstalt verbracht. Die Eltern des Unglücklichen sind eifrig Kirchengänger.

**Kündigung des Brandweinmoniums**  
Auf der Münchener Tagung des Verbandes Deutscher Spirituosen- und Spirituosen-Interessenten wurde festgestellt, daß der Brandwein- und Spirituosen-Verband in Deutschland auf 1/2 gegenüber dem Kongress in der Vorriessigkeit zurückgegangen ist. Während der Wion 1918 1,8 Millionen Hektoliter betrug, ist jetzt nur noch mit einem Verbrauch von 800 000 Hektoliter Trinkenbrandwein zu rechnen. In den letzten 5 Jahren hat durchschnittlich der Trinkenbrandweinverbrauch kaum mehr als 800 000 Hektoliter betragen, auch der Vertreter des Finanzministeriums stimmte darin überein, daß in der letzten Zeit der Trinkenbrandwein eine rückläufige Bewegung eingeschlagen hat.

**Kein Mord in Tempelhof**  
Berlin, 19. Juni. Eine überraschende Aufklärung hat das vermeintliche Kapitalverbrechen an dem Böttchermester Ernst Meißner in Tempelhof gefunden. Nach dem Ergebnis der weiteren Ermittlungen gen liegt nicht ein Mord, sondern ein Selbstmord vor, der mit fast unzulässiger Geheißlichkeit durchgeführt worden ist. Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

**Zwei Todesurteile wegen gemeinschaftlichen Mord**  
Kom Schmutzgericht in Neureppin war am 16. April 1928 der Arbeiter August Beck und der Arbeiter Willi Beck beide zum Tode wegen vorläufigen und gemeinschaftlichen Mordes verurteilt worden. Die Angeklagten hatten am 1. Dezember 1926 dem Arbeiter Silberberg mit der Tochter des Angeklagten August Beck ein Liebesverhältnis hatte, in den Wald gelockt und mit einer Art erschlagen. Silberberg hatte Kenntnis von strafbaren Handlungen der Angeklagten und drohte mit Anzeige. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am Montag vom ersten Strafrichter des Reichsgerichts verworfen. Beide Todesurteile wurden bestätigt.

# Der Vorschlag der Justiz

### Der Generalkaassanwalt zu den kommunistischen Anschuldigungen — Der Justizminister gegen eine allgemeine Amnestie — Die Kommunisten unter den Rädern — Schluß der allgemeinen Aussprache — Einzelberatung — Die kommunistischen Briefkäufungen — Die Fürsorgeerziehung — Die Strafanstalten

Karlsruhe, 20. Juni.

Die heutige Vormittags-Sitzung begann mit einer Session über die Angelegenheiten der Kommunisten. Der Generalkaassanwalt Dr. Bod hat die Angelegenheiten der Kommunisten im Besonderen, einem hochwassergefährdeten Landwirt in einem Orte des Bezirks Rastatt sei eine Entschädigung von 90 Pfennigen ausbezahlt worden. Diese Mitteilung wurde damals als ungläubig bezeichnet, ja als Schwindel bezeichnet. Heute verlangte nun zu dem Inhalt der Sitzung der Abg. Bod das Wort zu einer Erklärung. Er teilte mit, daß seine damaligen Angaben stimmen würden, er habe hier den Briefkäufungen des Finanzamts Rastatt über 90 Pf., auf der Rückseite für Hochwasserentfaltung. Natürlich im ganzen Hause ob dieser Feststellung große Verwirrung! Es wäre ja auch ein ungläubiges Bureauaufenthalten nicht eine Standale Verhöhnung des geschädigten Landwirts gewesen, wenn dem Manne tatsächlich nur 90 Pf. Entschädigung ausbezahlt worden wären. An den so selbstbewußt vorgetragenen und so gut belegten Behauptungen des Abg. Bod war nicht gut zu zweifeln. — Allein die Wenigen, die den Kommunisten nie glauben, selbst wenn sie Erde schwören und die einwandfreiesten Dokumente zum Beweis ihrer Angaben beibringen, sollten recht behalten. Herr Bod hat geschwindelt. Im Verlauf der Sitzung erklärte der Innenminister Dr. Kemmle, der von der Angelegenheit unterrichtet war und der nun seinerseits eine Erklärung abgab. Alles stimmte, das Finanzamt Rastatt hatte 90 Pf. abgezahlt, es hatte auf dem Postfach die von Bod verlesene Bemerkung gemacht, aber der Herr Bod hatte einen Teil dieser Bemerkung verlesen, nur soviel, als für seinen Sensationsmed für angebracht erschien. Die Fortsetzung nämlich, daß die zurückerhaltenen 90 Pfennige die Rückzahlung eines Steuerzuschusses von Grund- und Gewerbesteuer seien, also keine Entschädigung für Hochwasserfäden; diese Fortsetzung hatte der Herr Bod unterlassen. Die Feststellungen des Ministers waren die zweite Session des Tages. Sozialisten und Reichstagspartei waren die Kommunisten erwünscht worden. Eine Partei, die mit solchen Fälschungen arbeitet, hat wirklich verdient, noch irgendetwas ernst genommen zu werden. Gemein und übertrübselt ist nur, daß eine solche Partei den schönen und ehrenvollen Namen Arbeiter in ihrem Namen mißbraucht und sich Reichstagspartei zu nennen die Unverschämtheit hat. Am Nachmittag nahm sich unter Gen. Weiskmann nochmals die Kommunisten vor, indem er an Hand der Briefkäufungen der „Arbeiterzeitung“, wie sie im Prozeß gegen den früheren Redakteur Kemmler festgestellt wurden, die Moral der Kommunisten erneut beleuchtete. Der Tag war wirklich ein schwarzer Tag für die Kommunisten.

Am nächsten ging die Gerichtsverhandlung über die Angelegenheiten im Tempo eines Zivilprozesses weiter. Viel wurde erörtert, wenig abgeurteilt. Auch die Todesstrafe wurde erörtert. Die Angehörigen, außer den Demokraten, wollen immer noch Mord mit Mord erdulden; sie, auch der Minister, haben aus den gerade in dieser Zeit verschiedentlich festgestellten Justizmorden noch nichts gelernt. Herr Abg. Oßfischer, wie auch der Minister, beschränken sich auf die Volksstimmen, die bei schweren Verbrechen den Kopf des Mörders verlangen. Nun, Herr Oßfischer ist aber ein guter Christ, und der Herr Minister aber ein noch besserer. Da werden also beide wissen, daß schon einmal das Volk vor genau 2000 Jahren rief: „kreuziget ihn!“ Der Wille des Volkes ist man also besser, sich nicht allzuviel auf die Volksstimmen zu verlassen, zumal, wenn man in anderen Dingen sich auch nicht allzu sehr um die Stimme des Volkes kümmert, oder nur in höchsten Worten von dem „Meinungsdruck des Volkes“ spricht. Der Minister meint, im Reichstag werde wohl nun eine Mehrheit gegen die Todesstrafe vorhanden sein. Wir hoffen, daß er recht hat!

37. Sitzung

Karlsruhe, 20. Juni 1928.

Die Sitzung wird gegen 10 Uhr von Präsidenten Dr. Baumgarten eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Bod (Komm.) eine Erklärung ab, wonach es richtig sein soll, daß im Hochwassergefährdeten im Bezirk Rastatt von Finanzamt Rastatt eine Entschädigung von 90 Pfennig ausbezahlt worden ist. Abg. Bod fühlt sich zu dieser Erklärung genötigt, weil

seine damaligen Angaben bei Beratung des Vorschlags des Ministeriums des Innern bemittelt und vom Badischen Beobachter als Schwindel bezeichnet worden wären. Bod will nun aus dem betr. Postfachabschnitt die Richtigkeit seiner Behauptung beweisen.

Es wird Johann in der Weiterberatung des

### Vorschlags des Justizministeriums

weitergefahren.

Generalkaassanwalt Dr. Bodner stellt eine Anzahl Behauptungen der Arbeiterzeitung und des Abg. Heymann richtig. Es stellt sich heraus, daß es recht zweifelhafte Elemente sind, für die sich die Kommunisten einsetzen.

### Justizminister Dr. Trunk

dankt den Berichterstatter für ihre eingehende Berichterstattung und auch der Presse für das Interesse, das sie den Denkschriften, besonders jener über die Fürsorgeerziehung entgegengebracht habe. Bei jeder Art Erziehung werden Mißlichkeiten vorkommen. Mit dem vorgeschlagenen Schichten auf die Fürsorgeerziehung wird doch gar nichts erreicht, auch die Kommunisten können um eine solche Fürsorge nicht herum. Bei den Strafanstalten wird getan werden, was erforderlich ist und was in der Denkschrift vorgegeben ist. Nächste wird eine Umarbeitung des Bereichs für Jugendgericht und Gefangenenerziehung vorgenommen werden. Ein großer Kreis der Öffentlichkeit sollte sich in den Dienst der Sache stellen können. Die Regierung ist immer bereit gewesen, ohne politische Rücksichten zu prüfen, ob Einzelteile der Begründung annehmbar sind. Wir sind grundsätzlich gegen die Fortsetzung der allgemeinen Gnadenaktionen, weil würdige und unwürdige Elemente davon betroffen werden. Die kleinen Strafanstalten können ganz beseitigt werden, auch bei den Schöffengerichten ist eine Reform nötig. Dringend abzurufen ist aber, zu den alten Schöffengerichten zurückzukehren. Wenn man wünscht, daß die Justiz aus dem Schwurgericht befreit werden, dann muß man das heutige Schwurgericht beibehalten. Die Ausübung von Revisionen und Referenzen durch den Richter ist schon vor einiger Zeit strittig geworden. Am 1. Juli werde voranschrittlich die letzte Aufwertungsabteilung verschwinden. Das Justizministerium wird zur Beschleunigung der Durchführung der Verordnungen alles Mögliche tun. Der Anwaltschaft wie der Anwaltschaft müssen möglichst rasch über ihr Schicksal orientiert werden. Der Generalkaassanwalt überwacht die Sachverhalte. Hoffentlich kommt der Entwurf über die Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder im Reichstag bald zur Erledigung. Die Modernisierung des Bureaubetriebs wäre auch eine Art Staatsvereinfachung. Der Vorschlag des Landtags, daß keine Amtsgerichte aufgehoben werden sollen, werde Rechnung getragen. Den Bestrebungen des Reichstages herbeizuführen nach einer besseren Schulung der Grundbuchbeamten werde man Rechnung tragen. Wenn das Reich bei einer Verwirklichung der Justiz die Willensschwäche der Länder überwinden und fragen kann, dann muß es auch in der Lage sein, durch erhöhte Aufwendungen beim Finanzausgleich die Selbstständigkeit der Länder zu festigen. Dann wendet sich der Minister gegen einen Antrag des Abg. Maties, der einige Positionen in Einmahnungen erhöht wissen will. Zum Schluß erörtert der Redner die Frage der Schaffung eines Amtsgerichts in Singen und kommt schließlich zur Behandlung der Notwendigkeit eines Amtsgerichts für Singen, ohne daß das Amtsgericht in Radolfzell aufgehoben wird. Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

### Minister des Innern Dr. Kemmle

äußert sich zu der Erklärung des Abg. Bod bei Beginn der Sitzung. Die Arbeiterzeitung in Mannheim habe seinerzeit bei der Mitteilung über die den Hochwassergefährdeten gewährte Entschädigung Angriffe gegen den Innenminister und den Staatsrat Dr. Marum gerichtet. Die Arbeiterzeitung ist bekannt, daß sie auch mit Fälschungen arbeitet. Abg. Bod habe bei Beratung des Postfachmittels etwas unterlassen, nämlich, daß auf dem Postfach stand: 90 Pf. Rückzahlung an Grund- und Gewerbesteuer. In völliger Verleumdung eines Tatbestandes und also wieder Angriffe gegen die Regierung erhoben worden, lediglich zu Agitationszwecken. — Abg. Marum (Zentrum) weist ebenfalls das leichtfertige Verhalten des Abg. Bod fest. — Abg. Bod (Komm.) verliert nun seine Erklärung abzugeben.

Es folgt nun die

### Einzelberatung des Justizrats.

Der Antrag der Kommunisten betr. Amnestie wird abgelehnt. Eine Anzahl Positionen werden ohne Debatte genehmigt. Bei Titel II „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ will Abg. Bod (K.) es nicht gelten lassen, daß die Staatsanwaltschaft von Baden völlig einwandfrei ist.

Justizminister Dr. Trunk weist kurz die Bemerkung des Vorredners zurück. — Abg. Oßfischer (D.D.) setzt sich für die Verwirklichung der Justiz ein. Gegen die Einrichtung des Einzelrichters hat Redner gewisse Bedenken. Die Aufhebung der alten Schwurgerichte sei zu schnell erfolgt. Die Todesstrafe ist unentbehrlich. Nur die Vollstreckung sei änderungsbedürftig. — Abg. Dr. Wollhard (Dem.) hält die Argumente des Abg. Oßfischer für die Todesstrafe nicht für stichhaltig. Wenn auch nur ein Fall bekannt wird, in dem ein Urteil als Fehlurteil sich herausstellt, dann muß der gerechte Richter alles tun, um ein solches zweites Urteil zu verbüßen. — Justizminister Dr. Trunk nimmt zu einigen Bemerkungen des Vorredners Stellung. — Hierauf wird nach 1.45 Uhr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf nachmittags 3.30 Uhr festgesetzt.

38. Sitzung

Die Einzelberatung des Justizrats wurde am Nachmittag bei Titel II „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ fortgesetzt. Abg. Schneider (Ztr.) kritisiert die oft klagliche Innenausstattung mancher Gerichtsgebäude. Dann unterstützt er die Wünsche der mittleren Justisbeamten.

### Abg. Grojhans (Soz.)

ist mit der Schaffung eines Amtsgerichts in Singen einverstanden. Allerdings dürfe dies nicht auf Kosten anderer Städte geschehen. Der Minister habe erklärt, die Erstellung eines Amtsgerichts in Singen trage auch zur Beruhigung mancher Kreise bei. Was hat der Minister damit gemeint? Eine Beruhigung in Singen ist nicht notwendig. Die Arbeiterzeitung, die täglich nach Singen kommt, ist fleißig. Wenn auch mal vor Jahren sich etwas ereignet hat, so ist es doch nicht nötig, die Arbeiter dies heute noch ernst zu lassen. Die Arbeiterzeitung ist froh, wenn sie ihren Lebensunterhalt hat. Es wäre ein schlechter Grund, wenn man nur aus solchen Belangen ein Amtsgericht errichten wollte. — Der Titel wird hiernach ohne weitere Debatte genehmigt.

Zu Titel III „Notariate und Grundbuchämter“ bezeichnet Abg. Dr. Wollhard eine Einseitigkeit des Grundbuchweins im Reich für notwendig. Dann vertritt er die Zulassung der Rechtsanwältinnen zur Urkundenberechtigung. — Minister Dr. Trunk äußert Bedenken gegen diese Forderungen. — Weitere Bemerkungen machen die Abg. Hertle (Dnt.), Abg. Gasser (Ztr.), Abg. Geurich (Ztr.) und Abg. Dr. Wollhard (Dem.), worauf auch dieser Titel bewilligt wird.

Bei Titel IV „Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege“ richtet Abg. Heymann (Komm.) die üblichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie, was

Abg. Weiskmann (Soz.) veranlaßt, die Moral der Kommunisten an Hand der Fälschungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ und der im Prozeß gegen den früheren Redakteur Kemmler gemachten Feststellungen zu schildern. — Abg. Witter (Komm.) versucht, Kemmler zu verteidigen. — Auch dieser Titel wird hierauf genehmigt.

Zu Titel V „Fürsorgeerziehung auf Grund des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt“ beschließt man

### Frau Abg. Waje (Soz.)

mit der Denkschrift über die Fürsorgeerziehung. Wir ziehen die Familienziehung der Anstaltsziehung vor. Allerdings dürfen die Kinder nicht als Ausbeutungsobjekt benutzt werden. Eine Kontrolle ist deshalb nötig. Das Steigen der Zahl der Fürsorgeerzöglinge hat keine Ursache in dem vierjährigen Kriege, während dessen die Mütter nicht die Möglichkeit hatten, sich genügend um ihre Kinder zu kümmern. Die sorgsame Mutterliebe fehlte. Hinzu kommt die Wohnungsnot. Die Kinder mit geringeren Vergehens sollten bei der Fürsorgeerziehung besonders behandelt werden. Im Bestenfalls in Singen soll die Erziehung sehr streng sein. Es sollten nur Erzieher verwendet werden, die sich etagen und die Liebe zu den Kindern haben. Die Handwerkermeister sollten nicht heimlich sein und den Jünglingen bei ihrer Entlassung aus der Anstalt beistehen. Die Schulaufsicht wird zu streng gehandhabt. Hoffentlich erfahren die wirtschaftlichen Verhältnisse bald eine solche Besserung, daß die Notwendigkeit, Kinder in Fürsorgeerziehung zu nehmen immer geringer wird. — Ueber die gleiche Frage sprechen noch Frau Abg. Strauß (Dem.), Abg. Birner (D. V.), Frau Abg. Siebert (Ztr.), Frau Abg. Richter (Dnt.) und Abg. Lang (Dnt.). Der Antrag, den ganzen Titel zu streichen, wird abgelehnt. Die Position wird hierauf genehmigt.

Zu Titel „Strafanstalten“ meint Abg. Hermann (Ztr.), zu human solle man die Gefangenen auch nicht behandeln. Durch die Gefangenenerziehung solle dem Handwerk keine Konkurrenz gemacht werden. — Abg. Lang (Dnt.) bringt auch Handwerkerwünsche hinsichtlich der Gefangenenerziehung vor. — Da um 6 Uhr eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfindet, wird zu dieser Stunde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittags 10 Uhr festgesetzt.

### Sport

Schiedsrichtervereinigung, 10. Kreis, 3. Bezirk. Sämtliche Schiedsrichterangelegenheiten geben bis auf weiteres an den Gen. Oskar Vogel-Dulich, Reut. Anlage 94. Den Vereinen der Gruppe 118 hat zur Kenntnis, daß am Samstag, den 23. Juni abends 7 Uhr im Lokal zur Rrone in Reichartshausen eine Regelbefragung stattfindet.



## SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

Als ich in meine Vaterstadt zurückgekehrt war, konnte ich nicht zur Ruhe kommen. Statt mich von den Strapazen auszuruhen und mich meines neuen Reichtums zu erfreuen, packte mich von neuem die Abenteuerlust. Schließlich rüstete ich ein großes, eigenes Schiff aus, belud es mit vielerlei Waren und fuhr ins Meer hinaus. Nach einigen Tagen guter Fahrt trafen wir eine Insel von unbeschreiblicher Schönheit. Während meine Gefährten staunend umhergingen, legte ich mich unter eine Palme und schlief ein. Aber wie groß war meine Bestürzung, als ich aufwachte, und sowohl das Schiff wie auch die Freunde verschwunden waren.

Verzweifelt irrte ich umher, bitter meine Reiselust bereuend.

Ihr würdet mich nicht beneiden haben, liebe Brüder. Bevor ich weitererzähle, laßt uns die Sorgenbrecherin und Vertreiberin aller qualenden Gedanken genießen. Nehmt, liebe Freunde, eine

CIGARETTE

# SALEM

## AUSLESE

(Haus in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich.)







Die Ozeanflieger (Bild links) bei ihrer Ankunft in Bremerhaven.

Das erste Deutsche Arbeiter-Sänger-Bundesfest (Bild rechts) in Hannover. Der Saal des Messenshorts im Stadion.



Der Friseurgehilfenverband

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes blüht auf eine fast vier Jahrzehnte lange Wirkamkeit zurück. Er hat ein überaus schweres Feld zu beackern. Bei der Berufsabteilung 1925 wurden 45 688 männliche und 14 243 weibliche Gehilfen und Lehrlinge gezählt, insgesamt also nahezu 60 000 Beschäftigte.

Die Bekleidungsindustrie wurde durch Erlass des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe im Jahre 1923 eingeschränkt. In jedem Geschäftsbetrieb durfte nur ein Lehrling gehalten werden, in gemischten Betrieben (Herren- und Damenfach) zwei Lehrlinge. Auf Betreiben der Innungsverbände wurde diese Bestimmung dahin erweitert, daß ein neuer Lehrling eingestellt werden kann, wenn der Lernende zwei Jahre seiner Lehrzeit zurückgelegt hat, so daß zwei Lehrlinge gehalten werden können, in gemischten Betrieben drei Lehrlinge.

Die Konjunktur im Friseurgewerbe ist dank der Verbreitung der sozialen Frauenhaarschnitten recht günstig. Dennoch wirkt sich jedes Ansteigen der allgemeinen Arbeitslosigkeit auch im Friseurgewerbe aus, was noch hunderte von Gehilfen arbeitslos sind. Die Arbeitsvermittlung ist stark erschlaffert und vielfach noch ausschließlich in den Händen der Meister.

Der Wirkungsbereich des Verbandes geht weitlich über sein Organisationsgebiet hinaus, das sich von 62 Orten mit Zweigvereinen und Zahlstellen auf 75 Orte ausgedehnt hat. Rund 48 000 von den 60 000 Arbeitern und Arbeiterinnen hat der Verband die vollständige Sonntagsruhe verschafft.

die der Verband in der Berichtzeit geführt hat, waren 146 erfolgreich. Arbeitseinstellung erfolgte nur bei einer Bewegung und kam auch hier nur teilweise vor. Im Jahre 1925 wurden an 61 Orten Lohnerböhrungen für 3 318 männliche Mitglieder in Höhe von 17 172 Mark pro Woche und für 443 weibliche Mitglieder in Höhe von 1 959 Mark pro Woche erzielt, durchschnittlich 3 Mark pro Kopf und Woche im Jahre 1925 wurde, durchschnittlich 3 Mark pro Kopf und Woche von 3 173 Mark erreicht, für 325 weibliche Mitglieder eine solche von 1 173 Mark, im Durchschnitt also 1,30 Mark pro Kopf und Woche und im Jahre 1927 in 65 Orten 3 052 männliche Mitglieder 10 694 Mark und für weibliche Mitglieder 1 394 Mark, das sind 3,57 Mark pro Kopf und Woche.

Ende 1927 bezeichnete der Verband 36 Tarifverträge für 24 833 Beschäftigte, wovon 7 436 weiblich, darunter 3 319 männliche und 378 weibliche Verbandsmitglieder. Auch auf fachlichem Gebiete macht der Verband in seinen Fachabteilungen alle Anstrengungen, die Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Das Verbandsorgan, die „Friseurgehilfenzeitung“, umfaßt unter anderem einen fächerreichen fachlichen Teil und bringt Kunststudien mit modernen Frisuren. Die Einnahmen des Verbandes betragen in der Berichtzeit 390 450 Mark, die Ausgaben 378 810 Mark.

Unter den Vorschlägen zum Verbandstage, der am 17. Juni in Düsseldorf begann, steht der auf Verschönerung mit einer größeren Gemerkschaft an der Spitze. Bei den besonderen Verhältnissen des Friseurgewerbes besteht jedoch keine Aussicht, daß für die Organisation der Friseurgehilfen dabei etwas gewonnen würde. Der Verband wird nach wie vor im Rahmen der beruflichen Gebundenheit weiterarbeiten und um seine Ausbreitung und Stärkung bemüht sein müssen.

Düsseldorf, 19. Juni. Montag, den 18. Juni, begannen im Volkshaus die Verhandlungen des 16. Verbandstages des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes. Außer den 29 Delegierten, den Vertretern des Verbandsvorstandes und des Verbandsauschusses sind die Vertreter der Friseurvereine in Dänemark, Frankreich, und Österreich, H. M. Christensen-Kopenhagen, Jean Boges-Paris und Friedrich Schubert-Wien erschienen, Umbreit vertritt den Bundesvorstand des FDGB, Arnold dessen Verbandsauschuss.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen ergäht der Verbandsvorstand den Geschäftsbericht, die sich anschließende Diskussion befaßt sich insbesondere mit der Ausgestaltung des fachlichen Teiles der Friseurgehilfenzeitung, den Fachabteilungen, wie mit dem Lehrlingswesen. — Der Antrag auf Anschließung an eine größere Gewerkschaft wurde im Prinzip abgelehnt, seine Ausföhrung jedoch als vertübt erklärt. In der Lehrlingsfrage wurde die bisherige Tätigkeit des Vorstandes anerkannt und fortzusetzen beschlossen. Allgemein wurde über Lehrlingsausbildung gesprochen, wie über die privaten Friseurschulen.

Im nächsten Jahre soll eine Reichskonferenz der Vertreter der Fachabteilungen einberufen werden, die sich u. a. mit der Neuordnung der stützenden Bestimmungen dieser Abteilungen befassen soll. Zur Nachprüfung des Ausschusses anderer Mitglieder in Berlin wegen verbandswidrigem Treiben wurde eine Beschwerdekommission eingesetzt. Dem Verbandsorganstand und dem Verbandsauschuss wurde Entlassung erteilt. — Der zweite Verhandlungstag begann mit einem großzügigen Referat des Genossen Paul Umbreit-Berlin über das Arbeitshandbuch.

Vom Südkund. Der Südkund möchte seine Hörer auf das große sportliche und technische Ereignis hinweisen, das am Samstag, 23. Juni, 14.00 Uhr, bei Burgweil stattfindet und von ihm übertragen wird. Es handelt sich um die Probefahrt des Opelraketenautos Nr. 3, das um die genannte Zeit starten wird, und zwar diesmal auf Schienen.

Gemeindepolitik

Bernersbach. Am nächsten Sonntag findet hier die Bürgermeisterwahl statt. Zwei Kandidaten ringen um den Posten. Wer glaubt, daß hier großzügige und weitblickende Gemeindepolitik gemacht wird, der lächelt sich, denn in Wirklichkeit herrscht eben der Egoismus. Die Bevölkerung hat alle Ursache, sich eine politische Partei anzuweisen zu lassen und für die Gemeindevorstellung auch nichts haben, wenn sie frei und offen im Bürgerausschuß Ansehen zum Besten geben. Dies geschieht nicht, und zwar deshalb, weil jeder, der offen und ehrlich seine Meinung vertritt, übersehen wird und derjenige das höchste Ansehen genießt, der alles reden kann. Aber in den Wirtschaften, am Bierisch, da wird gescholten über dies und jenes und insbesondere über diejenige die sich erlaubt haben, auf dem Rathaus etwas zu sagen. Auf Rathhaus sitzen lauter Zentrumsleute. Und es muß der pol. Andersdenkende dafür sorgen, daß in diesen Karpfenloch auch mal Sechste hinein kommen. Das kann am besten dadurch geschehen, indem sich die sozialdemokratischen Wähler der Sozialdemokratischen Partei anschließen und so auch die Forderungen der anderen zur Geltung bringen zum Wohle und zum Nutzen der Gemeinde und ihrer wertvollen Bevölkerung.

Freistett. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung den Vorschlag 1927/28 mit 37 gegen 12 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurde auch die neue Gebaltsregelung Gemeindevorstandes am 1. April 28. Gemeindevorstand wurde die anteilige Kostenübernahme zur Erstellung einer Brücke über die Renth.

Schule und Republik

Tagung des republikanischen Lehrerbundes

Unter dem Vorsitz von Rektor Loos fand in Frankfurt a. M. die Tagung des republikanischen Lehrerbundes statt. Kultusminister Professor Dr. Beder hatte der Tagung die Ehre, sich den besten Erfolg gewünscht. Ferner waren Vertreter des Reichsausschusses für die Erziehung, des Reichsausschusses für die Berufsbildung, des Reichsausschusses für die Berufsbildung und anderer Behörden anwesend. Auch die republikanischen Parteimitglieder hatten Vertreter entsandt.

Universitätsprofessor Dr. A. H. H. leitete die Tagung durch einen Vortrag ein, in dem das Thema der Tagung gestellt war „Erziehung und republikanische Menschheit“.

Als erster Hauptredner behandelte Universitätsprofessor Dr. Dellauer das Thema vom Gedanken der Demokratie, die auch von der christlichen Weltanschauung gelehrt werde.

Oberlehrer Dr. Deiters-Kassel legte die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der republikanischen Erziehungsbewegung erwachsen, weil vor allem die Jugend der höheren Schulen frei von dem Gedanken des sozialen Bewusstseins und weil wegen des besonderen Charakters ihrer Lehrerschaft auch heute noch heftig lebensfremd sei. Dr. Deiters forderte, daß in höheren Schulen der Weg ins reale Leben gegangen und ins reale Leben vorzubereitet werde. Hierzu sei notwendig, die falschen Ideologien, das Erbe der Vergangenheit zu durchbrechen. Mit den balancierenden Geschichtsbüchern der letzten Jahre müsse Schluss gemacht werden. Es sei notwendig, auch in den höheren Schulen zum gegenwärtigen Zeitpunkt voranzutreten, und der erste praktische Weg sei die Republikanisierung der Lehrerschaft an den höheren Schulen, die von der Pädagogik Politik und zum sozialen Dienst kommen müssen.

Rektor W. i. e. - Nassau behandelte das Thema im Sinne der Volksschule. In der öffentlichen Sitzung schloß sich noch eine interne Tagung an, in der Organisationsfragen besprochen wurden.

Burchards Serien-Tage

- 45 95 1.95 2.95 3.95 4.95

bieten außergewöhnliche Vorteile

Statt Karten — Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem großen Verlust meines unvergesslichen Gatten, unseres treusorgenden lieben Vaters Adam Kling, Obermeister. Besonders danken wir Herrn Stadtpfarrer Seuffert für die trostreichen lieben Worte, der Sängerin Frau Gnirs für den erhebenden Gesang, Vielen Dank der Direktoren und Angestellten und der Arbeiterschaft der Junker & Kuh-A.G., seinen Mitarbeitern u. lieben Kollegen des Deutschen Werkmeister-Verbandes und den treuen Genossen der Sozialdem. Partei von Essigt und Karlsruhe für die ehrenvollen Nachrufe und die Kranzniederlegung, sowie allen denen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben. Karlsruhe, den 20. Juni 1928. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Anna Kling, geb. Hahn und Kinder.

TRAUERBRIEFE Damen- und Herrenrad gut halt. sehr billig abgegeben. Kunzmann Bähringerstr. 46.

Restaurant und Café „Zum Sinner-Eck“ Tel. 836, 837 Baden-Baden Leopoldsplatz Angenehmer Aufenthalt Sinner und Pilsner Bier Gepflegte Weine Reichhaltige Speisekarte Inhaber: Carl König

Apfelwein goldklar — haltbar — gesund empfiehlt Adolf Mitschete, Apfelweinhandlung Karlsruhe — Rintheim — Telefon 1111. Über 100 gut erhaltene Maß-Anzüge (Mäntel, Ueberz. von 10 RM. an in all. Gr. u. farb., low. Gehrock, Smoking- und Untervanzüge, Hosen, Kappen, neu u. gebt., ohne Gelegenheitspreisen in neue Anzüge u. Mäntel tausend billig. 3ährige Gar. 53 u. 11. Elettrola-Musikplatz, angebl. unt. d. halten Gebenbr. zu best. 2371 Haber, Sternbergstr. 2 11. Vertretung: Ernst Kappeler, Karlsruhe, Klauerschloß.



Größer

Lebensmittel-Verkauf

Hochwertige Qualitäten. Niedrige Preise.

Table listing various food items and their prices, including Salamiwurst, Cervelatwurst, Kalbsleberwurst, etc.

KNOPF

PFERDERENNEN

DES KARLSRUHER RENNVEREINS
Sonntag, den 24. Juni, nachmitt. 2.30 Uhr, auf den Wiesen bei Klein-Bäppurr...

Schreibmaschine

fabrikneu, Markenmodell, mit 35% unter Preis. Offerten unter Nr. 4463 an das Volksfreund-Büro erbeten.

Pfannkuch

Abtschlag!

Weitere Waggon Italiener Kartoffeln 3 Pfund 35 Pfg. Zwiebeln 3 Pfund 45 Pfg. Matjes-Heringe 3 Stück 35 Pfg. Pfannkuch

Neu eingetroffen Ein Posten Sommer-Herren-Anzüge...

FÄRBER Karlsruhe Gelegenheits-Verkäufe Kaiserstr. 109 im Hof 4506

Dr. med. Otto Bloos zurück
Friedenstr. 3 Telefon 2366
Vorm. 10-12 Uhr Nachm. 3-5 Uhr Sprechstunden 1183

KAMMER

Lichtspiele Kaiserstr. 168
Nur noch bis einschließlich Freitag tägl. 4, 6 1/2, u. 9 Uhr
STUART WEBBS in seinem besten Abenteuer- und Detektivfilm
Das Panzergewölbe!
Neu herzustellen mit Imogene Robertson, E. K. Tietz, J. Riemann und Ernst Reichert...

Colosseum \* Theater-Saal

Donnerstag, den 21. Juni 7 1/2 Uhr abends
Großes Streichkonzert der gesamten Bad. Polizei-Kapelle
Leitung: Obermusikmeister Heisig
Eintritt frei!
Tischbestellungen - Telefon 933 4565 erbeten

STADTGARTEN

Samstag, den 23. Juni, von 20-23 Uhr:
Johannisteyer
Bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen Lamplenschmuck des Gartens u. der Boote...

Farben, Lacke etc. gebrauchsfertig
für Anstriche aller Art vorteilh. i. Farbenh. Hans Waldstr. 15, b Colosseum

Beschlagnahme aufgehoben

WIR BIETEN AN
Dr. Max Hodann
GESCHLECHT UND LIEBE
in biologischer und gesellschaftlicher Beziehung. Das Werk Hodanns deutet die Beziehungen der Geschlechter zu einander...

10 Mk. in Leihen. Zahlungsverleichterung
Buchhandlung Verlagsdruckerei Volksfreund
Waldstr. 28, Fernruf 7020 und 7021

Hochsommer-Hüte

für Damen u. Kinder
Ein Spezial-Angebot von ganz besonderer Preiswürdigkeit

Table listing various hats and their prices, including Ein gr. Posten garn. Damenhüte, Ein Posten Rabanas-Exoten, etc.

TIETZ

Badische Lichtspiele

Konzerttheater
Heute 20.15 Uhr letzte Vorstellung
„Zirkus Pat und Patachon“
Freitag, den 22. bis Donnerstag, den 28. Juni, jeweils 20.15 Uhr...

Petronella

(Rivalen der Berge)
Eine Episode aus dem Leben des Schweizer Volkes zur Pfingstrosenzeit (1801) nach dem gleichnamigen Roman von Joh. Jegerlehner
In den Hauptrollen: Mayi Detschaff, Wilh. Dieterle, Theod. Lorenz

Vierordtbad

sind die Wannenbäder, Dampf- und elektrischen Lichtbäder und Kurbäder
807

GEÖFFNET

Nur die Schwimmhalle daselbst ist bis 2. Juli geschlossen

August Bimmler

Schreinermeister - Karstr. 45
empfiehlt sich zur Ausführung aller
Schreiner- u. Glaserarbeiten
bei billigster Berechnung

Arbeiter, Angestellte und Beamte

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses der Gewerkschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur verbinden bei dem eigenen Untersuchmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich - Gewerkschaftliche Berufungs - Antragsstellen
Auskunft erteilt besw. Material bereit den folgendes die Redaktionsstellen: Karlsruhe Schützenstraße 16, in Wehrh. Franz Peter, Blumenstr. 1; in Offenburg Karl Wiegels, Wilhelmstraße 10; oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg & in der Witter 58/59.
Tätige Mitarbeiter allerorts dauernd gesucht.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.